

Brandenburger

Infos zu Umwelt, Touristik und Kultur

# Sandlatscher



**Die NaturFreunde**  
Land Brandenburg  
Verband für Umweltschutz, Touristik und Kultur  
Anerkannter Naturschutzverband nach Bundesnaturschutzgesetz

## Editorial

Die Diskussion um mangelnde Öffentlichkeitsbeteiligung an Planungsverfahren wird stiller. Das ist schade, denn sie hat bislang keine konkreten Früchte getragen. Kurz nach der Bundestagswahl und vor der brandenburgischen Landtagswahl ist eine gute Gelegenheit, diese Debatte erneut aufzugreifen. Die neue Bundesregierung kann mit Gesetzesinitiativen mehr Beteiligung für BürgerInnen und Umweltverbände sichern. Und auch die Parteien im

Land Brandenburg sollten sich spätestens im Vorfeld der Landtagswahl zu mehr Teilhabe und Transparenz bekennen. Im aktuellen Sandlatscher erläutern zwei NaturFreunde ihre Forderungen nach mehr Öffentlichkeitsbeteiligung; einer aus Bundes-sicht, einer aus Sicht seiner Bürgerinitiative. Erstaunlich ist, dass trotz unterschiedlicher Perspektive viele Forderungen nahezu identisch sind. Ich wünsche Ihnen und Euch gute Anregungen.

Ihr/Euer Rüdiger Herzog



Das Titelfoto zeigt eine Exkursion auf dem brandenburgischen Naturfreundetag 2013 auf dem NaturaTrailProjekt Oderberg.

## Öffentlichkeitsbeteiligung in der politischen Diskussion

### Basta oder Beteiligung

Egal ob Stuttgart 21, Stromtrasse durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin oder Braunkohleabbau in der Niederlausitz – die Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsprozessen offenbart Mängel des demokratischen Systems in Deutschland. Die Frage, ob ein Projekt realisiert wird, entscheiden in unserer repräsentativen Demokratie formal zumeist die gewählten Volksvertreter, de facto in hohem Maß die Verwaltung. Wie ein Projekt umgesetzt wird, entscheidet ebenfalls die Exekutive. Eine besondere Schwäche des deutschen Planungsrechts ist, dass viele Planungen bereits "verfestigt" sind, bevor Bürgerinnen und Bürger überhaupt beteiligt werden. Bürgerbeteiligung, die dann nur noch dazu da ist, bereits getroffene Entscheidungen im Nachhinein zu rechtfertigen und gerichtsfest zu machen, wird zu Recht als Farce wahrgenommen.

Ob Schweinemastanlage, Kraftwerk, Gesteinsabbau oder Straßenprojekt – stets werden größere Planungsvorhaben mit dem sogenannten "Gemeinwohl" begründet. Und das ist das Totschlagargument, neben dem Privatinteressen, Naturschutzbelange und viele andere Einwendungen keine Chance haben. Im Prinzip ist es richtig, dass die Interessen der Gesellschaft über dem einzelnen persönlichen Interesse stehen, aber das "Wohl der Allgemeinheit" muss dennoch immer wieder hinterfragt werden. Der Bedarf für einige Verkehrsprojekte besitzt sogar Gesetzescharakter, denn er wird vom Bundestag oder dem jeweiligen Landtag beschlossen. Da hilft kein logisches Argument gegen den Sinn eines solchen Verkehrsprojektes.

Eine sinnentleerte Öffentlichkeitsbeteiligung können wir uns nicht leisten. Schließlich benötigen wir hohe Akzeptanz und rasche Genehmigungen, beispielswei-

se für den Ausbau von Knoten im Schienennetz, Windkraftanlagen und Speicher. Der Bedarf an grundsätzlichen Reformen in der derzeitigen Planungspraxis ist längst erkannt. Spätestens seit zwei Jahren wird er im öffentlichen Raum diskutiert. Bleibt zu hoffen, dass die öffentliche und politische Diskussion nicht abebbt, denn die von der Bundesregierung vorgesehenen Korrekturen sind eher Makulatur.

### Was tun?

Mehr Transparenz und Mitsprache wird helfen, Planungsfehler zu vermeiden, Kosten zu sparen und widerstreitende Interessen adäquat und sachlich zu berücksichtigen. Bürgerinnen und Bürger sowie die Fachöffentlichkeit, die sich in allen Politikbereichen aktiv in politische Prozesse einmischen, sind ein sehr wichtiges und lebendiges Element in der demokratischen Landschaft Deutschlands. Sie gehören gestärkt,

denn die gleichberechtigte Einbindung bietet die Chance für eine bessere und schnellere Planung. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können Planungsprozesse mit ihren Regionalkenntnissen bereichern. Das gilt in besonderem Maße für Naturschutz- und Umweltschutzverbände wie zum Beispiel auch die [NaturFreunde Brandenburg](#).

### Mehr Demokratie durch bessere Information und klare Strukturen

Transparenz und Informationsfreiheit sind Voraussetzung für Partizipation in einer modernen Demokratie. Neue Möglichkeiten durch das Internet (z. B. Open Data, E-Partizipation) werden bisher in Deutschland kaum genutzt. Eine transparente Behörde muss sich auch hierzulande etablieren. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt. Landes- und Bundesregierungen wie auch öffentliche Projektträger wie die DB AG oder die Flughafengesellschaft Berlin erwecken mitunter den Eindruck, Informationen unter Verschluss halten zu wollen.

Einerseits müssen die Informationen nachvollziehbar und verständlich sein: nur so lässt sich Verwaltungshandeln auf den Prüfstand stellen. Andererseits müssen die Informationen detailliert aufgearbeitet werden, ebenfalls eine Voraussetzung für eine öffentliche Kontrolle. Systeme mit so genanntem Herrschaftswissen, innerhalb der Behörden oder Vorhabenträger, wie auch zwischen Vorhabenträger und Öffentlichkeit, sollten der Vergangenheit angehören. Darüber hinaus müssen Entscheidungsstrukturen für Projekte und deren Abwicklung erkennbar und nachvollziehbar sein. Die Aufgabenteilung von politischen Entscheidern sowie staatlicher Behörden in Planungsverfahren wie auch im Bauablauf erscheint häufig intransparent und lässt jeden skeptisch werden.

Durch das Informationsfreiheitsgesetz und weitere Informationszugangsgesetze auf Bundes- wie auch Landesebene gibt es bereits einen Anspruch auf Zugang zu wichtigen Daten. Unklar ist häufig, welches Zugangsgesetz überhaupt welche Daten öffnen kann. Wir brauchen eine neue und einheitliche Qualität der Informationsfreiheit in Bund und Ländern. Das heißt insbesondere bürgerfreundlicher Zugang, rasche Bearbeitung, minimale Bearbeitungsgebühren.

Auch der Zugang zu Informationen über Verträge des Staates mit Privaten gehört dazu. Nach wie vor sind gerade öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) völlig undurchsichtig. Ebenso bleiben zahlreiche Daten zu Aktivitäten von Gesellschaften des Bundes verschlossen. Stattdessen benötigen wir eine aktive, barrierefreie und verständliche Informationspolitik der Behörden und bundeseigener Gesellschaften.

### Bessere Beteiligung durch dreistufige Planungsverfahren

Beteiligung fehlt bereits bei Entscheidungen über Notwendigkeit, Lage und Dimensionierung von Projekten. Über das "Ob" eines Verkehrsweges, einer Stromtrasse oder eines anderen größeren Vorhabens sollte in einem Bedarfsplan mit Bürgerbeteiligung entschieden werden. In der Fachdiskussion wird dieser Schritt auch Nutzenfeststellung genannt. Stellt sich die Frage, wer diesen Plan aufstellt und welche Rechtswirkung er hat. Ein unanfechtbarer Bedarf in Form eines Bedarfsgesetzes hat sich jedenfalls als

Absurdum herausgestellt. Sinnvoll ist vielmehr, die Bedarfsplanungen aktuell zu halten und regelmäßig der Fachöffentlichkeit sowie den zuständigen Parlamenten vorzulegen.

Auf der Basis der Nutzenfeststellung müssen die Entscheidungen über das "Wie" gefällt werden. Dafür sollte das Raumordnungsverfahren zu einem zentralen Verfahren im Planungsprozess ausgebaut werden. Bislang wird dieses eher als Formalie abgehandelt und bestätigt zumeist nur die vom Vorhabensträger bevorzugten Planungsvarianten. Im Raumordnungsverfahren müssen jedoch Standort- oder Trassenalternativen ergebnisoffen geprüft werden. Bürgerinnen und Bürger müssen bereits am Anfang des Verfahrens einbezogen werden, nämlich bereits dann, wenn Untersuchungsgebiete und -umfang definiert werden. Solch einen Verfahrensschritt gibt es längst: die Antragskonferenz im Raumordnungsver-



fahren bzw. der Scopingtermin für die Umweltverträglichkeitsprüfung, z.B. im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens. Dieser Termin muss für Naturschutz- und Umweltverbände wie auch Vertreter von Bürgerinteressen geöffnet werden.

### Alternative Konfliktlösung ermöglichen

Wenn Konflikte nicht im formalen Planungsverfahren ausgeräumt werden können, sollten alternative Konfliktlösungsverfahren, wie Mediation und Schlichtung, zum Einsatz kommen. In einem Mediationsverfahren begegnen sich die Teilnehmer auf Augenhöhe – ein Novum für die meisten Behörden. Solch eine informelle Beteiligung kann und sollte mit formalen Beteiligungsverfahren verknüpft werden. Das Baugesetzbuch sieht bereits die Möglichkeit einer Mediation vor. Für die anderen Planungsgesetze gilt: Fehlanzeige. Auch unabhängige Dritte, die Bürgerinnen und Bürger im Verfahren begleiten, können Planungsprozesse bereichern. Für solche "Bürgeranwälte" oder "Bürgervertrauensleute" wurden bereits Vorstellungen erarbeitet. Sinnvoll ist darüber hinaus die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die fachlich berät. Denkbar ist z.B. eine Stiftung auf Landes- oder Bundesebene.

### Keine Angst vor der Klage

Klagemöglichkeiten von BürgerInnen und Umweltvereinigungen werden gern mit endlosen Verzögerungen gleichgesetzt. Richtig ist jedoch, dass sie in erster Linie ein vorbeugendes Instrument sind. Nur selten wird tatsächlich geklagt. Wenn jedoch eine behördliche Entscheidung beklagbar ist, sind sowohl die verfahrensführende Behörde als auch der Investor an nachvollziehbaren hochwertigen Planungsunterlagen interessiert. Sinnvoll sind Rechtschutzmittel auf der Stufe des "Wie". Planungsqualität im Stan-

dort- und Trassenalternativenverfahren erspart sowohl Planungsaufwand im abschließenden Genehmigungsverfahren als auch Klagen am Ende eines Planungsprozesses.

### Volksbegehren und -entscheide

Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide gehören ausgebaut. Behördliche Entscheidungen über ein Projekt sollten von den Betroffenen auf den Prüfstand gestellt werden können. Das erfordert niedrigere Hürden für Volksbegehren, praktikable Fristen zur Sammlung der Unterschriften sowie angemessene Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden. Zweifellos haben direktdemokratische Instrumente auch Kehrseiten. Mobilisiert wird nicht jede Bevölkerungsschicht in gleichem Umfang, d.h., am Ende steht keine Entscheidung, die den Bevölkerungsdurchschnitt repräsentiert. Auch können solche Entscheidungen durch finanzstarke Interessenvertreter oder lautstarke Populisten beeinflusst werden. Dennoch – je mehr politische Verantwortung die Bürgerinnen und Bürger haben, umso eher werden auch Planungen akzeptiert werden.

Direktdemokratie ist kein Verhinderungsinstrument. In Zürich beispielsweise hat ein Bürgerentscheid den Bau eines U-Bahnnetzes verhindert, verbunden mit einem mustergültigen Ausbau des Straßenbahnnetzes.

### Fazit

Moderne Planungsprozesse benötigen echte Transparenz, mehr Mitbestimmung von Öffentlichkeit und Parlamenten, praktikable direktdemokratische Elemente, taugliche Konfliktlösungsverfahren und einen effizienten Rechtsschutz. An die Stelle von Basta-Entscheidungen gehören Planungen mit den Betroffenen vor Ort. Das ermöglicht mehr gelebte Demokratie, mehr Planungsqualität und eine höhere Akzeptanz von Entscheidungen. Die politische Diskussion um diese Ziele steht allerdings leider noch am Anfang. Die [NaturFreunde](#) können dazu beitragen.

*Anton Hofreiter ist NaturFreund aus München und Fraktionsvorsitzender der grünen Bundestagsfraktion. Er leitete in den letzten Jahren eine Projektgruppe, die Vorschläge für eine zukunftsfähige Öffentlichkeitsbeteiligung erarbeitete.*

## Auf Geocachingtour mit den NaturFreunden

Geocaching ist die moderne Variante der guten alten Schnitzeljagd. Man folgt im Gelände ausgelegten Hinweisen nicht anhand von Markierungen, sondern mit Hilfe von Koordinaten und GPS-Gerät. Die Nutzung dieser neuen Art der Orientierung im Gelände führt auch eher technikbegeisterte Menschen – insbesondere Kinder – wieder verstärkt in die Natur. Wir [NaturFreunde Brandenburg](#) greifen diese Entwicklung auf und nutzen sie, um Umweltwissen zu vermitteln. Durch eine Verbindung von Umweltbildungsinhalten mit naturverträglicher Erholung und Bewegung in Natur und Landschaft wollen wir die Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen erhöhen und ein umweltbewusstes Verhalten fördern. Besonders geeignet für Geocachingtouren sind dabei die [NaturaTrails](#). >>>



# Zehn Anregungen für eine effektive Bürgerbeteiligung – Erfahrungen im Konflikt um die „Uckermarkleitung“

**1.** Effektive Bürgerbeteiligung ist auf der Basis der bestehenden Regelungen fast nicht möglich. Es ist illusorisch zu glauben, die Bürger könnten während regulärer Bürozeiten eines Amtsbetriebs die umfangreichen und sachlich komplizierten Planungsunterlagen durcharbeiten, die Auswirkungen und ihre Betroffenheit erkennen und ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen. Und dies unter Wahrung der Fristen: vier Wochen Auslegungsfrist plus zwei Wochen Einwendungsfrist bei Planfeststellungsverfahren. Ohne kompetente Hilfe ist das nicht zu leisten. Auch für den Amtsbetrieb stellt die Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten eine organisatorische Herausforderung dar. Die Akten erschließen sich nicht von selbst! Auch die MitarbeiterInnen der Bauämter oder -dezernate erhalten die Details der Planung nicht früher. Sie könnten dem Bürger, selbst wenn sie wollten nur wenig helfen, da sie sich selbst erst einarbeiten müssten, wozu ihnen oft die Zeit fehlt.

**2.** Effektive Bürgerbeteiligung in den Planungsschritten, etwa Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren setzt voraus, dass die Bürger auf allen Stufen des Planungsprozesses, also auch im Vorfeld, über die beabsichtigte Planung informiert werden und zwar in einer Form, die die Bürger wirklich erreicht. Der Aushang im Schaukasten der Gemeindeverwaltung ist hier unzureichend, wie auch die Veröffentlichung im Amtsblatt, die nur formaljuristische Funktion hat. Hier sind neue Wege zu beschreiten, die das Interesse des Bürgers wecken und die Medien bewusst einbeziehen. Mediale Begleitung aller Planungsschritte sollte selbst Teil der Planung sein, um Öffentlichkeit herzustellen.

**3.** Effektive Bürgerbeteiligung sollte von den Kommunen (mit)organisiert werden. Die Planungsvorhaben sollten in den Gemeinderäten und auf Bürgerversammlungen transparent dargestellt und diskutiert werden. Zur Verstärkung dieses Prozesses

wäre die Einführung von Bürgerforen eine Möglichkeit, in Einklang mit §13 Kommunalverfassung: „Einwohnerversammlungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit...“.

**4.** Das Bürgerforum ist eine informelle Organisationsstruktur, ein Ort, an dem die Planungsschritte jeweils öffentlich dargestellt und diskutiert werden. Dies setzt eine kontinuierliche informelle Zusammenarbeit von Planern, Kommunen, interessierten Bürgern und Vertretern der Genehmigungsbehörden voraus. Bürgerforen sind auch Orte der persönlichen Begegnung, an denen die Anonymität einer Behörde oder eines Konzerns zurücktritt.

**5.** Der Informationsprozess müsste organisiert werden, etwa durch Bürgerforen. Dazu reichen die derzeit geltenden Fristen nicht aus. Angesichts der Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren von bis zu 12 Jahren ist die Verlängerung der Fristen auf 3 oder sechs Monate völlig unproblematisch.

**6.** Das Raumordnungsverfahren sollte so organisiert werden, dass der Raumordnungsbeschluss als Verwaltungsakt einer verwaltungsgerichtlichen Prüfung zugänglich gemacht werden kann. So hat der Abschlussbericht im Raumordnungsverfahren bei der gegenwärtigen Rechtslage nur empfehlenden Charakter für die weitere Planung. Er ist kein Verwaltungsakt, hat aber eine präjudizierende (vorfestlegende) Wirkung für alle entscheidenden Fragen.

**7.** Die Veröffentlichung der Planungsunterlagen in digitalisierter Form sollte gesetzlich vorgeschrieben werden. Ansonsten sind schon sämtliche Berufstätige von einer Beteiligung ausgeschlossen.

**8.** Ohne unabhängige Gutachter können auch Bauämter und kommunale Verwaltungen eine komplexe Infrastrukturplanung nicht beurteilen. Deshalb müssen von Anfang an Mittel zur Finanzierung dieser Gutachten und für die Öffentlichkeitsarbeit in die Haushalte eingestellt werden. Die Gutachten sollten auch den Bürgern zugänglich ge-

macht werden. In unserem Fall konnte dies teilweise durch die Bürgerinitiative in Kooperation mit den Ortsvorstehern und engagierten Stadtverordneten geschehen, aber die Bürgerinitiative war in gewisser Weise auch überfordert. Immerhin hat sie 1233 Einwendungen von Betroffenen mobilisiert und bei der Erarbeitung von Stellungnahmen der Kommunen durch die Beauftragung von unabhängigen Gutachtern mitgewirkt.

**9.** Effektive Bürgerbeteiligung würde auch einen Mentalitätswandel in den Verwaltungen und bei den Vorhabenträgern und Planungsbüros voraussetzen, hin zu einer Beteiligungskultur. Unsere BI musste immer wieder feststellen, dass die Verwaltungen die Nachfragen und Anregungen der BI zunächst eher abgewehrt als aufgegriffen haben. Oft wurden Briefe und Anfragen nicht beantwortet, bei kniffligen Fragen in der Gemeindevertretung wurde das Rederecht entzogen bzw. die Diskussion abgebrochen, Räume für öffentliche Diskussionen, Unterschriftensammlungen oder Pressekonferenzen wurden nicht zur Verfügung gestellt usw.. Dazu gehört auch das absurde Spiel, zu einer öffentlichen Diskussion einzuladen um dann mit Bezug auf §36 der Kommunalverfassung die relevanten Themen im nichtöffentlichen Teil zu behandeln und die Bürger wieder nach Hause zu schicken. Dieser §36 ist daher zu novellieren.

**10.** Um die Bürgerbeteiligung zu stärken, sollte der öffentliche Erörterungstermin gesetzlich vorgeschrieben und nicht ins Belieben der Genehmigungsbehörde gestellt sein. Der Erörterungstermin könnte durch das Bürgerforum vorbereitet werden.

*Hartmut Lindner,*

*Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland*

*Hartmut Lindner engagiert sich seit Beginn (Juni 2008) in der „BI-Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!“ und vertritt die BI als Sprecher seit zwei Jahren in der Öffentlichkeit.*



Drei Touren konnten in diesem Jahr vom NaturFreunde Landesverband unter der Leitung unserer Fachreferentin „Natur und Umweltschutz“ Grit Gehrau durchgeführt werden. Die erste führte über unseren [NaturTrail](#) „Entlang der Nuthe“. Bereits im Mai trafen sich rund 20 Kinder des Umwelteams der Potsdamer Bruno-H.-Bürgelschule am Eingang unseres [Natura-](#)

[Trails](#), ausgerüstet mit GPS-Geräten, unserem [NaturTrail-Faltblatt](#) sowie der Broschüre „Umweltdetektiv Baumbestimmung“ der [NaturFreundejugend](#) und einem Bleistift. Nach einer Einführung starteten die Kinder in vier Gruppen. Es waren altersgerechte Fragen etwa zum Naturschutz, zu einer Baumart, einer geschützten Tierart sowie zur Nuthe selbst zu beantworten, um jeweils einen „Cache“ zu entdecken. Um diese zu lösen, konnten die Kinder die bereitgestellten Umweltbildungsmaterialien zu Rate ziehen, die eine Vielzahl weiterer Informationen über das Naturschutzgebiet und den Fluss enthielten. Der letzte „Schatz“ wurde dann gemeinsam gefunden: mit einer kleinen „Schatztruhe“ mit Bio-Naschwerk wurden die Kinder für die Forscherarbeit belohnt.

Etwas schwieriger waren die Fragen, die die Lauchhammerer Jugendlichen der [NaturFreunde-Geocachingtour](#) im Juni dieses Jahres durch das Grünewalder Lauch lösen mussten. Hier waren neben na-

turkundlichen Fragen auch einige zur Verockerung der Gewässer und zu Erneuerbaren Energien zu lösen. Die dritte Tour führte entlang des Hellsees (S. 4). „Die Jugendlichen waren mit Begeisterung und Entdeckerdrang dabei und freuten sich über ihre »Schätze«, so Grit Gehrau. Die nächsten Geocachingtouren sollen mit unseren [NaturFreundegruppen](#) gemeinsam durchgeführt werden.“

*Wolfgang Beiner*



## Kurzinfo

### Oktoberfest auch in Brandenburg



Die Ortsgruppe Biesenthal-Hellmühle entwickelt eine neue Tradition: das Oktoberfest am Hellsee. Dieses Fest erinnert an die erfolgreiche Übertragung der Uli-Schmidt-Hütte an die Ortsgruppe. Selbstverständlich begann auch das diesjährige Oktoberfest mit einer zünftigen Wanderung von Biesenthal nach Hellmühle. Die bewährte Sandlatscher-Korrespondentin Dr. Ingrid Klose berichtet auf unserer Internetseite ausführlich über diese neue Tradition. [www.naturfreunde-brandenburg.de](http://www.naturfreunde-brandenburg.de) > NaturfreundeGruppe > Biesenthal-Hellmühle > Aktuell

### Verstärkung für die NaturFreunde Brandenburg

Anfang des Jahres stieß die Ortsgruppe Elb-Havel-Winkel zu uns. Mit im Gepäck haben unsere MitstreiterInnen bereits ein Vereinshaus und zwei NaturaTrails jenseits der Havel. Sie wollen sich insbesondere im Naturpark Westhavelland für Naturschutz sowie naturnahen und Gesundheitstourismus einsetzen. Ende Juli gründeten 10 junge Frauen und Männer die NaturFreunde-Ortsgruppe Eberswalde. In der Ortsgruppe sind überwiegend Studentinnen und Studenten aus verschiedenen Teilen Deutschlands organisiert, aber auch einheimische Eberswalder sind dabei. „Wir wollen zusammen die Natur entdecken, über sie lernen, und uns für eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft einsetzen“, so der frisch gewählte Vorsitzende Jannis Pfendner aus Stuttgart. Demnächst berichten wir ausführlicher über unsere beiden neuen Ortsgruppen.

## Impressum

### Herausgeber:

**Die Naturfreunde Land Brandenburg e.V.**

„Haus der Natur“,  
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331 -201 55 41  
[mail@naturfreunde-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreunde-brandenburg.de)  
[www.naturfreunde-brandenburg.de](http://www.naturfreunde-brandenburg.de)  
Amtsgericht Potsdam, Nr: VR 7328 P

### Redaktion: Rüdiger Herzog

### Abbildungsnachweise:

B. Teichert (1), St. Kaminski (2), M. Klose (4),  
Gehrau (3, 4), O. Lembke (5,4)

### Satz/Druck

GS Druck- und Medien GmbH  
Gerlachstraße 10, 14480 Potsdam  
Telefon: 0331/600 50 50  
[info@gsdruck.net](mailto:info@gsdruck.net)

### nächster Redaktionsschluss

15. Januar 2014

## Termine 2013/2014

### 02. Dezember 2013

15. Jahrestag NaturFreunde RG Fürstenwalde  
16.30 Kulturfabrik Fürstenwalde Dachetage

### 26. Dezember 2013

**9. Weihnachtswanderung**  
Treffpunkt 14 Uhr, Waldgaststätte Mon Choix,  
Cöthener Weg 4, Falkenberg

### Um 15 Uhr

**Weihnachtsmann am Wasserfall**  
am Wasserrad Cöthen

### 31. Dezember 2013

**Silvesterwanderung**  
auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs  
Forsthaus Bodenseichen an der B158  
bei Bad Freienwalde

### 06. – 08. Dezember 2013

**Alle Jahre wieder...**  
backt die NFJ NaturFreundeJugend Brandenburg  
Ort: Beeskow Tel.: 0331/5813220  
[mail@naturfreundjugend-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreundjugend-brandenburg.de)

### 22. Februar 2014

**Landesjugendkonferenz in Potsdam**  
NaturFreundeJugend Brandenburg  
Tel.: 0331/5813220  
[mail@naturfreundjugend-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreundjugend-brandenburg.de)

### 29. März 2014

**Landesverbandsversammlung**  
der NaturFreunde Land Brandenburg  
Haus der Natur, Potsdam  
[mail@naturfreunde-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreunde-brandenburg.de)

### 01. – 04. Mai 2014

**Klettern im Elbsandsteingebirge**  
NaturFreundeJugend Brandenburg  
Tel.: 0331/5813220  
[mail@naturfreundjugend-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreundjugend-brandenburg.de)

### 12. – 19. Juli 2014

**Feriencamp 9 – 12 Jahre**  
NaturFreundeJugend Brandenburg  
Tel.: 0331/5813220  
[mail@naturfreundjugend-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreundjugend-brandenburg.de)

### 20. Juli – 02. August 2014

**Feriencamp 13 – 16 Jahre**  
NaturFreundeJugend Brandenburg  
Tel.: 0331/5813220  
[mail@naturfreundjugend-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreundjugend-brandenburg.de)

### 16. – 22. August 2014

**„Polska Ahoj“ 10 – 14 Jahre**  
NaturFreundeJugend Brandenburg  
Tel.: 0331/5813220  
[mail@naturfreundjugend-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreundjugend-brandenburg.de)

## Umweltdektive am Hellsee



Nach dem Frühstück ging es los auf Geocachingtour durch den Wald mit etwas Baumkunde noch dazu. Unser Ehrgeiz wurde geweckt und die Suche gestaltete sich spannend und vielseitig. Zur Stärkung gab es zum Mittag eine frische Gemüsesuppe. Nach kurzer Pause ging es weiter mit Wasserkunde am schönen Hellsee. Ein Vortrag zum Thema „Wasser als lebenswichtiger Rohstoff“ leitete für uns den zweiten Hauptpunkt des Wochenendes ein. Es folgten ein Gruppenrätsel und verschiedene Experimente zum „Selber ausprobieren“. Im Ergebnis unseres gemeinsamen Tages können wir feststellen: viel gelernt. Aber nicht nur das: Den Ausklang bildete eine leckere Pilzmahlzeit und ein herrliches Lagerfeuer.

*Saskia Zimpel*



Trotz schon herbstlicher Temperaturen ließen wir es uns nicht nehmen, das Wochenende vom 20. bis 22.9. in der Natur zu verbringen. In der „Uli SchmidtHütte“ am Biesenthaler NaturaTrail fanden wir eine gemütliche Unterkunft. Die Mutigen unter uns verbrachten sogar noch eine letzte Nacht im Zelt.



Hallo, mein Name ist Oliver Lembke, ich bin 19 Jahre alt und werde dieses Jahr ein FÖJ bei den NaturFreunden in der Landesgeschäftsstelle absolvieren.

Ich komme aus Dallgow-Döberitz und möchte diesen freiwilligen Dienst nutzen um Erfahrung zu sammeln, mich weiterzubilden und außerdem meine Fachhochschulfreie abzuschließen.

Mit naturfreundlichen Grüßen Oliver Lembke  
[www.vcd-brandenburg.de](http://www.vcd-brandenburg.de)